

Kiez-Konflikt: Uni gegen Containerdorf am Mercedes-Benz-Gelände

Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände in Berlin-Dahlem: Entdecken Sie, warum die Widerstand bei der Freien Universität wächst und wie politische Entscheidungen auf Zustimmung stoßen.

Das geplante Containerdorf für 260 Flüchtlinge auf dem brachliegenden Unigelände an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem sorgt für heftige Proteste, insbesondere an der Freien Universität. Dort besteht Widerstand gegen das Vorhaben, da die Uni das Areal eigentlich für den Bau von Lehr- und Forschungsgebäuden vorgesehen hat. Die Uni-Verantwortlichen fühlen sich übergangen und beanstanden, dass sie nicht in die Planungen einbezogen wurden.

Die Freie Universität hat begründet, dass sie nach 2023 dringend die Fläche für eigene Bauprojekte benötigt und daher keine Möglichkeit sieht, langfristig Flüchtlinge dort unterzubringen. Zuvor hatte die Universität bereits kurzfristige Unterstützung bei der Aufnahme von Flüchtlingen geleistet. Die Uni schlägt vor, leerstehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in der Nähe zu nutzen, die früher schon als Notunterkünfte für Geflüchtete dienten.

Ende März beschloss der Berliner Senat zusätzlich zum geplanten Containerdorf an der Thielallee 16 weitere Standorte für Containerdörfer. Diese Maßnahme ist Teil einer Anstrengung, um den Mangel an Wohnungen für Flüchtlinge zu beheben. Trotz der geplanten Errichtung weiterer Containerdörfer sieht es in einigen Bezirken wie Pankow bereits jetzt mit der Aufnahme von Flüchtlingen kritisch aus, da diese Bezirke schon eine hohe

Anzahl von Geflüchteten beherbergen.

Die Diskussion um die Nutzung des Unigeländes in Steglitz-Zehlendorf und die Proteste der FU Berlin gegen das Containerdorf haben zu Spott und Ärger in den sozialen Medien geführt. Einige User kritisieren die Universität dafür, dass sie sich gegen die temporäre Unterbringung von Flüchtlingen ausspricht, obwohl sie sich sonst als weltoffen und tolerant präsentiert. Die Thematik wird kontrovers diskutiert, wobei die Forderung nach dezentralen Unterkünften für Geflüchtete im Vordergrund steht.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de